

**Protokoll:**

Auf Bitten des Stadtrates berichtet der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig über die aktuellen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Justizstandort Koblenz.

Dabei betont er insbesondere das Engagement der Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein. Man sei in enger Zusammenarbeit mit dem Verein „Pro Justiz RLP e.V.“ tätig und habe stets eine klare Position vertreten.

Die Landesregierung in Mainz habe immer davon gesprochen, mit der Zusammenlegung von Oberlandesgericht (OLG) und Generalstaatsanwaltschaft mit Sitz in Zweibrücken ließen sich nennenswerte Kosten einsparen. Zuletzt seien diese beziffert worden mit 1,7 Millionen Euro.

Man habe dies bezweifelt, nicht zuletzt im Hinblick auf die gerade erst renovierten Räumlichkeiten des OLG in Koblenz sowie das erst neu gebaute Justizzentrum, welches u.a. für die Generalstaatsanwaltschaft gedacht sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, die Fronten seien über Monate verhärtet gewesen. Nun sei die Landesregierung jedoch den Protestierenden einen großen Schritt entgegengekommen, indem sie eine unabhängige Kommission eingerichtet habe.

Diese sei beauftragt, den strittigen Vorschlag der Zusammenlegung von OLG und Generalstaatsanwaltschaft mit Sitz in Zweibrücken, bis zum März nächsten Jahres fachlich und ergebnisoffen zu bewerten. Dies sei ausdrücklich zu begrüßen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bemerkt, diese Auseinandersetzung habe für ihn auch eine persönliche Note gehabt. Seine klare öffentliche Positionierung an der Seite der, seiner Ansicht nach zurecht opponierenden Justiz, habe in den Kreisen der Landesregierung keine Freude ausgelöst, zumal er selbst zuvor 19 Jahre Mitglied der Landesregierung gewesen sei.

Weiterhin betont Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, seine Aufgabe als Koblenzer Oberbürgermeister sei es aber, Koblenzer Interessen zu vertreten, selbst wenn er dabei temporär alte Freunde verärgern müsse.

Nach der erfreulichen Kurskorrektur habe er Herrn Ministerpräsidenten Beck gefragt, ob man die künftige Zusammenarbeit unter einem vier Augen Gespräch erörtern wolle.

Dies habe der Ministerpräsident spontan bejaht und habe ihn am vergangenen Freitag im Rathaus besucht.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, man habe darauf verzichtet, erneut zu erörtern, was bei dieser Angelegenheit alles schief gelaufen sei, sondern man habe den Blick nach vorne gerichtet.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, er habe auch in diesem Gespräch den Eindruck gewonnen, dass der Ministerpräsident in dieser Sache nicht rechthaberisch auftreten wolle, sondern, dass es ihm mit der ergebnisoffenen Prüfung ernst sei.

Dies sei sehr gut und man solle nun die Kommission ihre Arbeit verrichten lassen.

Natürlich werde die Koblenzer Justiz und der Verein ihre fachlichen Gesichtspunkte in die Arbeit einzuspeisen wissen und Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, er sehe die Chance für einen Kompromiss. Dennoch solle man wachsam bleiben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig legt dar, er habe in diesem Sinne während der Mitgliederversammlung des Vereins am vergangenen Montag berichtet und dafür viel Beifall bekommen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig spricht ausdrücklich all jenen seinen Dank aus, die Anteil an der neuen Entwicklung in dieser Sache hatten.

Allen voran beim Verein, unter Vorsitz seines Amtsvorgängers Dr. Eberhard Schulte-Wissermann sowie Dr. Peter Itzel.

Die 50.000 Unterschriften für den Protest seien wichtig gewesen.

Weiterhin spricht er dem gesamten Stadtrat seinen Dank aus, welcher sich mit einer gemeinsamen Resolution und dem Engagement einzelner Stadträte für ein Umdenken eingesetzt habe.

Darüber hinaus bedankt er sich bei der CDU-Landtagsfraktion, namentlich bei Andreas Biebricher und Julia Klöckner für die große Anfrage, welche beiden Seiten fachliches Material liefere, aber auch für die seinerzeitige Ankündigung eines Volksbegehrens mit dem Ziel eines Volksentscheids. Dies sei richtig gewesen und auch wichtig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bedankt sich weiter bei der Grünen-Landtagsfraktion, namentlich bei Nils Wiechmann und Daniel Köbler, dafür, dass sie als erste Koalitionsfraktion deutlich gemacht habe, dass dieses Vorhaben nicht mehrheitsfähig sei, wenn nicht der Beweis erbracht werde, dass schnell und dauerhaft saldiert mindestens 1 Million Euro eingespart werde.

Weiterhin spricht er der SPD-Landtagsfraktion seinen Dank aus, namentlich bei Clemens Hoch und Hendrik Hering, dass diese sich mit der Landesregierung auf die Suche nach Kompromissen gemacht habe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, er bedanke sich zudem bei allen Bürgerinnen und Bürgern, welche sich an dem Protest beteiligt haben.

So sei die Angelegenheit mit Stand von heute auch ein Lehrstück in Demokratie und bürgerschaftliches Engagement.

Protest könne etwas bewirken, wenn man gute Argumente habe.

Er bedankt sich darüber hinaus bei den Kommunen im Norden des Landes RLP, welche die Stadt Koblenz stets unterstütz hätten.

Nun solle gearbeitet werden und dann sehe man weiter.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, in dem zuvor erwähnten Gespräch mit dem Herrn Ministerpräsidenten Beck ginge es zudem noch um ein zweites Thema, welches für die Stadt Koblenz strukturell noch bedeutsamer werden könne, die Bundeswehrstrukturreform.

Noch kenne man lediglich die Ziele, nicht aber die Maßnahmen.

Er informiert den Stadtrat darüber, dass er in dieser Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten vereinbart habe, dass man sich dabei eng miteinander abstimmen werde.

Zudem habe er mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs habe er verabredet, den Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière nach Koblenz einzuladen und sich dieser Sache zwischen Koblenz und Berlin, sowie Bonn dazwischen, eng zu koordinieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt zu, er werde von sich aus auf den Stadtrat zukommen, sobald er Neuigkeiten zu beiden Themen berichten könne.